

Sklaverei und Mord im Tropenparadies

Zusammenfassung des Reports „State of Conflict“ über die sozialen und ökologischen Konflikte im brasilianischen Regenwald

Sklaverei, Mord und illegaler Holzeinschlag im großen Stil – der Report beschreibt die Eroberung von bisher unberührten Urwaldgebieten im brasilianischen Bundesstaat Pará durch ein Netzwerk aus internationalen Holzkonzernen, Politikern und lokalen Mafia-Bossen. 25.000 Menschen müssen in Pará als Sklaven arbeiten, viele werden auf der Flucht ermordet.

Etwa 40 Prozent der auf der Welt noch vorhandenen tropischen Urwälder befinden sich im Amazonasbecken, einem Gebiet von großer ökologischer Bedeutung für den Erhalt des globalen Wasser- und Klima-Haushalts. Obwohl der Amazonas schon seit Jahrzehnten im Brennpunkt internationaler ökologischer Bemühungen steht, wird er heute mehr als je zuvor von Holzfällern, Großgrundbesitzern und Politikern ausgebeutet.

Die Region von Pará ist die größte Holz exportierende Region des gesamten Amazonas. Hier wurden bereits Regenwaldgebiete in der Größe von Österreich, Portugal und der Schweiz zusammen zerstört.

Die Geschichte von Pará droht sich im gesamten Amazonasgebiet zu wiederholen. Es ist die Geschichte eines rücksichtslosen Ausbeutungskreislaufs, in dem Holzfäller den Wald ausbeuten und Großgrundbesitzer das kahl geschlagene Land für Viehzucht oder großflächigen Anbau von Agrarprodukten nutzen. Auf die kurze Boomphase, in der wertvolle Arten wie Mahagoni und Zeder eingeschlagen werden, folgt schnell eine Phase des wirtschaftlichen Niedergangs, in der nur noch weniger gewinnbringende Arten abgeholzt werden. Später wird das Land in nährstoffarmes Weide- oder Ackerbauland umgewandelt;

mit dementsprechend geringen ökonomischen Chancen für die Menschen vor Ort.

Die Umweltprobleme in Pará sind eng verbunden mit sozialer Ungerechtigkeit und weit verbreiteter Gesetzlosigkeit.

In entlegenen Gebieten des Urwaldes, in denen die Polizei keine Kontrolle ausübt, wird die Zerstörung des Urwalds oftmals mittels Sklaverei vorangetrieben. Mit falschen Versprechungen werden Menschen in die Waldregionen gelockt und geraten in eine Falle aus Schuldverpflichtungen und Arbeit. 25.000 Menschen müssen in Pará unter gefährlichen und inhumanen Bedingungen, für schlechte oder ganz ohne Bezahlung als Sklaven arbeiten. Die Flucht aus der Sklaverei muss oft mit dem Leben bezahlt werden. 29 Menschen wurden im Jahre 2002 ermordet. In ganz Brasilien hat der Bundesstaat Pará die höchste Mordrate im Zusammenhang mit der Holzmafia.



Polizist bewacht beschlagnahmtes Mahagoni. ©Werner Rudhart/Greenpeace

Die vielfältigen Methoden der Landbesitzfälschungen, die es Holzfällern und anderen erlauben, Regenwald in Besitz zu nehmen, wird als „grilagem“ bezeichnet. „grilagem“ bezieht sich auf „grilos“, Grillen: Gefälschte Dokumente werden dabei in eine Schachtel voller Grillen gesteckt. Diese nagen an den Dokumenten, so dass sie

aussehen wie echte, alte Landbesitz-Zertifikate. Das Machtvakuum, das die fehlenden Gesetze und die untätigen Behörden hinterlassen, nutzen die Holzfäller mit einer Mischung aus „grilagem“ und physischer Gewalt aus. In einer detaillierten Karte hat Greenpeace die Auswirkung von „grilagem“ auf die Waldnutzung in der Region um Porto de Moz aufgezeigt. Zusammen mit einer Handlungsaufforderung wurde diese Karte im Oktober 2003 an die brasilianische Umweltbehörde IBAMA übergeben.



Über 6000 Kilometer schlängelt sich der Amazonas durch den größten Regenwald der Erde. ©Martin Wendler/Greenpeace

Zur Zeit tobt der Kampf um Land und Wälder am stärksten in zwei Urwaldgebieten im Westen von Pará, im Mittelland und in Porto de Moz. Vor zwanzig Jahren wurde die Bundespolizei in diesem Gebiet auf ein Viertel verringert. Einige Firmen und ihre politischen Verbündeten nutzen die mangelhaften Kontrollen, um Land in diesen Regionen zu besetzen.

Angesichts der Bedrohung ihrer Heimat schließen sich Einwohner der Regionen zusammen, um für die Einrichtung von Schutzgebieten zu kämpfen. Dies sind Gebiete, die durch Bundesgesetze geschützt werden und nur die nachhaltige Nutzung durch die örtlichen Gemeinden erlauben. Die vorgeschlagenen Reservate von „Verde para Sempre“ und „Renascer“ sind zur Zielscheibe des wütenden Widerstandes von Interessengruppen der Holzindustrie und ihren verbündeten Politikern geworden, besonders seit sich die Bevölkerung zur Wehr zu setzt. Ende 2002 blockierten 400 Menschen bei Porto de Moz Holzflöße, die aus illegal eingeschlagenem Holz für den Export bestanden.

In den vergangenen Jahren hat Greenpeace eine Vielzahl von Fällen untersucht und dokumentiert, in denen sich die Holzindustrie Waldgebiete auf illegale Weise angeeignet hat. Trotz allem fordern die Holzkonzerne, nachdem sie bereits riesige Urwaldgebiete verwüstet haben, von der brasilianischen Regierung, neue Gebiete für den Raubbau freizugeben. Sie begründen dies mit der Behauptung, neue Arbeitsplätze zu schaffen und zur wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen wie Pará beizutragen. Die Bundesregierung und die Regierungen der Bundesstaaten diskutieren unter dem Druck dieser mächtigen Interessen bereits über ein neues System für die Vergabe von Landkonzessionen.

Während die Debatte die Medien und die gesamte Öffentlichkeit nur in Teilen erreicht, haben neueste Recherchen von Greenpeace ergeben, dass der Bundesstaat von Pará einem Holzkonzern in Porto de Moz die erste „Autorisierung zur Verwertung von Staatsbesitz“ erteilt hat. Der geschlossene Vertrag verpflichtet den Holzfäller nicht einmal zu minimalsten Wiederaufforstungsmaßnahmen, nachdem er das Gebiet ausgebeutet hat.

Greenpeace ist der Meinung, dass die langfristige Zukunft von Pará in einem neuen sozio-ökonomischen Ansatz liegt, der eine nachhaltige Nutzung des Waldes mit unter Schutz gestellten Gebieten verbindet. Holzkonzerne, die nachhaltige und zertifizierte Forstwirtschaft betreiben, können ein Teil dieser Zukunft sein. Grundlegend ist vor allem, eine verantwortungsvolle, unbestechliche und effektive Verwaltung zu etablieren, um ökologische und soziale Gerechtigkeit im Amazonasgebiet sicher zu stellen. Der einzige Weg dies zu erreichen ist die Bereitschaft der brasilianischen Bundesregierung und der Regierungen der einzelnen Bundesstaaten, zusammen mit internationaler Unterstützung die traditionellen Waldbewohner und Gemeinden, deren Wissen und Wünsche ernst zu nehmen. Die brasilianische Landbevölkerung muss die treibende Kraft hinter der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Umweltschutz im Amazonas werden.